

FPO DIE SOZIALE
HEIMATPARTEI

PARTEIFREIE SCHULE

Meldestelle für
parteilpolitische
Beeinflussung
an Schulen

Jetzt Vorfälle
melden! 

WWW.PARTEIFREIE-SCHULE.AT



Wohnbau:

**Erfolgreiche
Finanzierung**

Seite 5

Verkehr:

**S-Bahn kommt
gut an**

Seite 8

Integration:

**Neues Leitbild
kommt**

Seite 11

Grüne:

**Gilt die Bundes-
verfassung?**

Seite 16



Parteipolitikfreie Schulen

Parteipolitik hat in der Schule und im Unterricht nichts verloren! Das ist sogar gesetzlich verankert. Stattdessen sollen sich Schüler zu aufgeklärten und kritischen Menschen entwickeln. Dazu ist die Bewahrung der Meinungsfreiheit abseits von Parteipolitik besonders wichtig.

Dennoch zeigt die Realität an den Schulen, dass sich einige Lehrer nicht an das Neutralitätsgebot halten und sich immer wieder abfällig über bestimmte Parteien oder deren Politiker äußern. Bisher blieben solche Verstöße nahezu folgenlos.

FPÖ-Landesparteiobmann Manfred Haimbuchner zeigt auf: „An Österreichs Schulen herrscht ein strenges Verbot parteipolitischer Einflussnahme.“ Dies sei gesetzlich geregelt. Dabei wird besonderen Wert darauf gelegt, dass Schüler und junge Menschen in ihrer Entwicklung nicht beeinflusst und manipuliert werden. Die FPÖ sagt ganz klar: Politische Indoktrination und Gehirnwäsche an Schulen haben in einer funktionierenden Demokratie nichts verloren.

In Erlässen und Rundschreiben des Bildungs-Ministeriums wird unmissver-

ständig darauf hingewiesen, dass parteipolitische Werbung an Schulen verboten ist. In der Schule darf „keinesfalls der Eindruck entstehen, Parteipolitik werde – durch Personen oder einschlägiges Werbematerial – in die Schule transportiert“. Erst am 28. Dezember 2016 hielt das Ministerium fest, „dass nicht alleine der Besuch durch Politiker oder Politikerinnen an Schulen als unzulässige parteipolitische Werbung zu werten ist. Jegliche Form von parteipolitischer Werbung, sei es durch Plakate, Tafeln, Flyer oder durch Zuschaltung über Internetportale, ist unzulässig.“ Auch schulfremde Experten dürfen keine Partei anhimmeln oder sie durch den Schmutz ziehen: „Sofern Lehrer und Lehrerinnen im Rahmen ihrer eigenständigen und eigenverantwortlichen Gestaltung des Unterrichts (§ 17 SchUG) die Einbeziehung von außerschulischen Experten oder Expertinnen in den Un-

terricht in Erwägung ziehen, ist ebenso darauf zu achten, dass im oben darge-

■ Wir sagen klar:

Schluss mit der illegalen Partei-Beeinflussung an Schulen!

Lassen wir uns nicht länger vorschreiben, was wir zu Denken haben.

Die Schule sollte ein Ort der Bildung sein. Politische Propaganda und Indoktrinierung haben im Klassenzimmer daher nichts verloren!

Niemand kann Lehrer wollen, die ihren Schülern eine politische Meinung aufdrängen. Die Kampagne ist deshalb ein wichtiger Schritt, um auf Missstände an unseren Schulen aufmerksam zu machen.

stellten Sinn von den konkreten Personen keinerlei Werbewirkung für eine politische Partei ausgeht."

Doch nicht alle Lehrer und Bildungsbeauftragte halten sich an diese sinnvollen Regeln. Viele heutige Lehrer sind durch die sogenannte 68er-Bewegung beeinflusst und wollen so linkes Gedankengut in die Köpfe ihrer Schüler verpflanzen. Haimbuchner erinnert sich noch an seine eigene Schulzeit: „Da gab es einige Lehrer, die versucht haben, ihre Schüler politisch zu beeinflussen. Alles, was nicht Links ist,

wird von diesen Alt-68ern verteufelt. Wir brauchen stattdessen Schüler, die sich ohne Lehrer-Beeinflussung frei ihre Meinung bilden.“ Jüngstes Beispiel solch drastischer Schul-Umerziehung ist der Fall des Grünen-Politikers Thomas Rammerstorfer, der getarnt als „Extremismus-Experte“ an einer Linzer Schule schamlos gegen die FPÖ wettete. Tatsächlich warnte er vor der FPÖ genauso wie vor den Henkern des Islamischen Staates: ein plumper Versuch eine demokratisch legitimierte Partei in ein kriminelles Eck zu stellen. Und ein Verstoß gegen die Wei-

sungen des Bildungs-Ministeriums. Bisher blieben solche Verstöße nahezu folgenlos. Das soll sich jetzt ändern: Mit der neuen Meldestelle für parteipolitische Beeinflussung an Schulen, sollen nun Fälle politischer Manipulation dokumentiert und öffentlich gemacht werden.

Wie funktioniert diese neue Meldestelle? Ganz einfach: das **Formular auf parteifreie-schule.at ausfüllen** und der Fall wird vertraulich von einem unabhängigen Gremium auf Gesetzesverstöße geprüft.

Schulhetze:

Grüne Täter-Opfer-Umkehr

Nach dem Abbruch eines umstrittenen Extremismus-Vortrages des Welser Grün-Politikers Thomas Rammerstorfer an der 8. Klasse des BORG Honauerstraße in Linz Anfang März, mehren sich jetzt die politischen Angriffe auf Nationalratsabgeordneten Roman Haider.

Dieser veranlasste den Abbruch des Vortrages durch den Direktor der Schule. Haider's Sohn war als Zuhörer mit dabei und hatte seinen Vater über die aus seiner Sicht untragbaren Aussagen informiert.

Der Vortrag behandelte neben Salafisten, Staatsverweigerern und Grauen Wölfen auch Burschenschaften und die FPÖ. So wurde thematisch eine Verbindung zwischen der demokratisch legitimierten Partei und brutalen Terrororganisationen gezogen. Zudem wurde Burschenschaften mehrfach eine „Nähe zum Rechtsextremismus“ unterstellt. Linksextreme Ausschreitungen und Gruppierungen wurden beim Vortrag offenbar bewusst nicht behandelt. Die Schüler selbst, die zunächst von einem philosophischen Vortrag ausgingen, mussten jeweils drei Euro „Eintrittsgeld“ bezahlen – in Summe 240 Euro für 80 Schüler.

■ Linksparteien springen für Rammerstorfer in die Bresche

Der Vortragende, der als Finanzreferent der Welser Grünen und auch im Vorstand

der „Antifa Wels“ tätig ist, verteidigt seinen Vortrag. Er habe zum Thema Extremismus die FPÖ nur am Rand erwähnt und korrekt dargestellt. Unterstützt wird er dabei vom grünen Nationalratsabgeordneten Harald Walser, der in einer parlamentarischen Anfrage an Unterrichtsministerin Sonja Hammer Schmid (SPÖ) wissen will, ob der Abbruch gerechtfertigt gewesen sei. Die SPÖ unterstellt Haider „gefährliche Drohungen“, die Grünen gehen sogar noch einen Schritt weiter und sprechen von „Amtsmissbrauch“.

■ FPÖ sieht Zivilcourage

Für FPÖ-Landesparteiobmann Manfred Haimbuchner sind die linken Angriffe auf Roman Haider „ein klassischer Fall von Täter-Opfer-Umkehr durch Kriminalisierung des Gegenübers und ein Paradebei-

spiel, wie auch an Schulen politisch Andersdenkende eingeschüchtert und mundtot gemacht werden.“ „Haider hat ausschließlich seine Pflicht wahrgenommen, eine durch das Schulunterrichtsgesetz verbotene, parteipolitische Einflussnahme zu stoppen. Dafür werden ihm jetzt strafrechtliche Vorwürfe gemacht“, so Haimbuchner. SPÖ und Grüne würden Haider „in einer infamen Art und Weise“ zum Problem machen wollen, um davon abzulenken, dass in Schulen seit Jahrzehnten versucht werde, die FPÖ in ein extremistisches Licht zu stellen. „Wer gegen die politische Beeinflussung unserer Kinder an den Schulen auftritt, so wie das Haider getan hat, ist nicht kriminell, sondern beweist Zivilcourage“, sagt Haimbuchner.



„Junges Wohnen“:

Erfolgsprojekt wird fortgesetzt

Leistbaren Wohnraum für junge Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher zu schaffen ist Ziel und Verantwortung der Wohnbauförderung. Deshalb hat Wohnbaureferent LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner im Jahr 2014 das Projekt „Junges Wohnen“ ins Leben gerufen.

Maßgeschneiderte Wohnungen zwischen 35 m² und 65 m² für junge Singles, Paare und Familien zu einem wirklich günstigen Preis, ohne aber bei der Qualität Abstriche zu machen.

Das „Junge Wohnen“ hat sich als voller Erfolg entpuppt, was man nicht zuletzt daran sieht, dass bis jetzt jedes Projekt mehrfach hätte vergeben werden können. Zum Zug kommen junge Menschen, die somit die Möglichkeit haben, günstig in ihrer Heimatgemeinde wohnhaft zu bleiben. Das stärkt die Gemeinden und den jungen Oberösterreicherinnen und



Oberösterreichern bleibt mehr im Börsel. Mit dem „Jungen Wohnen“ zeigt sich, dass bedarfsorientiertes Bauen und eine Anpassung an die Zielgruppe voll im Trend liegen und gerne angenommen werden! Die Gemeinden und Bauträger haben erkannt, dass das „Junge Wohnen“ extrem gefragt ist und junge Oberösterreicherinnen und Oberösterreichern kostengünstiges Wohnen in der Heimatgemeinde ermöglicht.

„Für 2017 wurden insgesamt 243 Wohneinheiten nach der Verordnung bewilligt“, zeigt sich Wohnbaureferent, LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner erfreut.

Polizei kämpft mit mehr Kriminalität und zu wenig Personal

Die Kriminalität in Oberösterreich ist im Vorjahr deutlich gestiegen. Insgesamt wurden 66.241 Delikte angezeigt, das entspricht einem Plus von 5,7 Prozent. Vor allem Verbrechen wie Körperverletzung, Nötigung und Drogenhandel wurden mehr. Jeder Dritte Tatverdächtige ist ein Fremder.



Die Exekutive hat aber nicht nur mit steigender Kriminalität zu kämpfen, sondern auch mit zu wenig Beamten. Oberösterreichs Polizei ist in fast allen Landesteilen unterbesetzt. Zum Stichtag 1. Oktober 2016 standen von insgesamt 3.446 Plan-Dienstposten nur 3.111,3 zur Verfüg-

ung. Das ist eine Lücke von etwa zehn Prozent.

In Linz sind von 661 Plan-Dienstposten nur 582,1 auf Vollzeitbasis verfügbar – 78,9 weniger als vorgesehen. Auch in Steyr fehlen fast 20 Polizeikräfte (119,8 von 139 Vollzeitdienstposten

sten sind für den Regeldienst verfügbar). Einzig Wels verzeichnet mit 175,2 von 175 Dienstposten einen geringfügigen personellen Überstand. Die Zahlen stammen aus einer parlamentarischen Anfrage an Innenminister Wolfgang Sobotka (ÖVP).

Sicherheitslandesrat Elmar Podgorschek fordert jetzt eine „rasche Auffüllung der eklatanten Personallücken“. Er habe bereits 2015 auf die Situation aufmerksam gemacht. „Unsere Polizistinnen und Polizisten leisten täglich eine wertvolle Arbeit für die Sicherheit unserer Bevölkerung. Es ist für mich unverständlich, dass mit der Sicherheit des Landes so verantwortungslos umgegangen wird“, zeigt sich Podgorschek verwundert.

Eigenheimfinanzierung planbar & zinssicher

- ✓ Landesdarlehen zum Zinssatz von 2 % auf 20 Jahre
- ✓ Land OÖ trägt 1% der Zinslast
- ✓ Effektivzins für Häuslbauer: 1%
- ✓ Gleichbleibende Rate über die gesamte Laufzeit

Anträge an das Amt der OÖ Landesregierung seit 01. Jänner 2017 möglich.



Neue Eigenheimförderung macht Furore

Großen Anklang findet die neue Finanzierungsvariante für Eigenheime in Oberösterreich. Auf Initiative von FPÖ-Landesparteiobmann, LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner, in Kooperation mit der HYPO Oberösterreich, ist nun ein Fixzinsdarlehen mit einer Laufzeit von 20 Jahren bei einem Prozent Effektivzins für Häuslbauer möglich.

Obwohl die neue Verordnung erst mit 1. Jänner in Kraft getreten ist, sind bis Mitte März bereits 183 Anträge eingegangen. Das wegweisende Projekt wird also so angenommen, wie erhofft, so der für den Wohnbau zuständige Landeshauptmann-Stellvertreter.

„Nachgerechnet sind das beinahe drei Anträge pro Werktag. Das ist sensationell, wenn man bedenkt, dass die Bausaison noch gar nicht richtig begonnen hat! Die Fixzinsvariante gewährleistet den Oberösterreichern und Ober-

österreichern Sicherheit und Planbarkeit bei der Schaffung von Eigentum. Gemeinsam mit der HYPO Oberösterreich bieten wir eine fixe Tilgungsrate über eine Laufzeit von 20 Jahren und einen Zinssatz, den ich nicht einmal bei meiner Hausbank bekomme. Es freut mich, dass uns die Häuslbauer ganz offensichtlich ihr Vertrauen schenken und mit dem Land OÖ sowie der HYPO Oberösterreich bauen und finanzieren“, zeigt sich Haimbuchner erfreut über den Zuspruch, den die Finanzierungsvariante erfährt.



LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner



Haimbuchner: „Das Kopftuch ist keine reine Kopfbedeckung, kein religiöses Symbol, das Kopftuch führt die Scharia mit im Gepäck.“

Kopftuch auch im öffentlichen Dienst verbieten

Der Europäische Gerichtshof hat entschieden, dass ein Kopftuchverbot am Arbeitsplatz zulässig ist.

Für Landesparteiobmann Manfred Haimbuchner „eine wegweisende Entscheidung. Ich erwarte mir auch ein Kopftuchverbot im öffentlichen Dienst.“ Auch dort habe diese Kopfbedeckung als Zeichen traditioneller, religiöser Verbundenheit keinen Platz. „Das Kopftuch ist auch klar Ausdruck für eine vorhandene Parallelgesellschaft in muslimischen Kreisen. Das Kopftuch hat in unseren Kindergärten, Schulen und an den Universitäten nichts verloren und widerspricht eindeutig den gesellschaftlichen Normen unserer westlichen Wertegemeinschaft“, mahnt der FPÖ-Landeschef rasches Handeln seitens der Regierung ein.

„Das Kopftuch ist weder nur eine Kopfbedeckung oder ein rein religiöses Symbol. Das Kopftuch führt die Scharia mit im Gepäck.“



Kräftige Watschen für Kern und Kurz

Bereits zum 26. Mal gab es den traditionellen politischen Aschermittwoch in Ried. Bundesparteiobmann HC Strache und Oberösterreichs Landesparteiobmann Manfred Haimbuchner übten sich wie gewohnt nicht in Zurückhaltung.

Es sei ein Paradoxon der heutigen Politik, so Haimbuchner, „dass man der FPÖ die Lösungskompetenz abspricht, dann aber die Forderungen und Lösungen der Freiheitlichen kopiert und als die eigenen Ideen verkauft. Würde es die FPÖ in der Opposition auf Bundesebene nicht geben, wüsste die Regierung in Wahrheit gar nicht mehr, was sie machen soll.“ Ähnlich sei es auch in der oberösterreichischen Landesregierung. „Wir Freiheitliche bringen unsere Ideen ein und setzen diese um, etwa die Kürzung der Mindestsicherung für Asylberechtigten.“

Seit Jahren warne die FPÖ vor der Entstehung von Parallelgesellschaften. „Nunmehr haben wir alles da: parallele Rechts- und Moralvorstellungen, parallele Sitten und Gebräuche“. „Allen, die in diesem Land Schutz suchen, müssen klare Regeln auferlegt werden, allen, die diesen Schutz

zu Unrecht verlangt haben, sind rigoros zurückzuweisen. Österreich bleibt nur mit uns Freiheitlichen ein Land, welches sich nicht von Menschen aus aller Welt ausnutzen lässt“, stellte Haimbuchner klar. Einem möglichen Wahlkampfauftritt des türkischen Präsidenten in Österreich erteilte Haimbuchner unter tosendem Applaus eine klare Absage: „Welchen Österreicher interessiert es hier, was Erdogan zur Innenpolitik in der Türkei zu sagen hat? Türken und Kurden sollen ihren Konflikt dort austragen, wo er entstanden ist: in Ostanatolien!“

■ Nur noch Streit in der Regierung

Ausgiebig Kritik an der Performance der rot-schwarzen Bundesregierung übte anschließend FPÖ-Bundesparteiobmann HC Strache. Anstatt sich mit den echten Problemen in Österreich zu beschäftigen, de-



battiere man lieber über die Umbenennung des Wiener Heldenplatzes. „In Wahrheit fällt diese Regierung ohnehin nur auf, wenn sie streitet. Wenn man sich anschaut, wie dort dauernd die Fetzen fliegen, glaubt man ja direkt, dass man beim Schlussverkauf ist“, so der FPÖ-Obmann. Ihm sei Österreich viel zu schade, um es schlechten Seifenoperndarstellern zu überlassen.

■ Testosteron statt Qualifikation

Breiten Raum widmete HC Strache der Massenzuwanderung, vor der die Freiheitlichen schon lange gewarnt hätten. „Versprochen wurde uns ein großer Import von Qualifikation. Bekommen haben wir eine geballte Ladung Testosteron. Wir haben eine anhaltende Masseneinwan-

derung, brauchen jedoch eine Null-Zuwanderung“, forderte der FPÖ-Obmann. Reine Symbolpolitik und halbherzige Disziplinierungsmaßnahmen würden nicht ausreichen, um dieser gefährlichen Entwicklung entgegenwirken zu können. „Ich habe kein Problem mit friedlichen Moslems, die sich integrieren wollen. Aber der radikale und politische Islam gehört verboten!“



Bundesparteiobmann HC Strache und Landesparteiobmann Manfred Haimbuchner

Erfreuliche Statistik:**Weniger Hundebisse**

Immer mehr Vierbeiner gibt es in Oberösterreich. Im Jahr 2016 lebten 72.657 Hunde in unserem Bundesland, dabei gab es lediglich 218 Hundebisse, die angezeigt wurden.

Die Anzeigen sind in den letzten Jahren stetig gesunken, im Jahr 2006 waren es 54.111 gemeldete Hunde und 379 Vorfälle. „Die Entwicklung geht für mich in die richtige Richtung. Eine niedrige Anzahl an Zwischenfällen trägt zu einem besseren Ruf der Vierbeiner



und zu mehr Verständnis und weniger Angst bei. In Oberösterreich gibt es mit dem OÖ. Hunderatgeber auch ein Handbuch zum OÖ. Hundehaltgesetz, in dem die wichtigsten Regeln für den Umgang und das Zusammenleben mit Hunden aufgezeigt werden. Wenn Hundehalterinnen und Hundehalter diese Regeln beachten, werden die Hundebiss-Statistiken auch in Zukunft erfreulich niedrige Zahlen aufweisen können“, so Landesrat Elmar Podgorschek. Die meisten Hunde gibt es in Linz-Land mit 7.371 vor Braunau mit 6.571, Vöcklabruck 6.332, Linz 5.973 und Gmunden mit 4.962.

Foto: Land OÖ



Infrastrukturlandesrat Mag. Günther Steinkellner

Erfolgreiche 100 Tage S-Bahn Oberösterreich

Mit 21. März sind es bereits 100 Tage der S-Bahn im oberösterreichischen Zentralraum. Die bisherigen Entwicklungen bekräftigen das Bekenntnis der Bevölkerung für den öffentlichen Verkehr.

Auf den vier von der ÖBB-Personenverkehr AG betriebenen S-Bahn-Linien: S1 (Linz Hbf – Garsten), S2 (Linz Hbf – Wels Hbf), S3 (Linz Hbf – Pregarten) und S4 (Linz Hbf – Kirchdorf a.d. Krems) stieg das Fahrgästaufkommen im Jänner 2017 um rund fünf Prozent bzw. um 50.000 auf knapp über eine Million Fahrgäste. Das Plus resultiert nicht nur aus Zuwächsen während der Werktage, sondern dank des ausgeweiteten Angebotes auch aus Zuwächsen an den Wochenenden. Ebenfalls erfolgreich zeigten sich die Monatskartenverkäufe auf der S5 der LILO. Diese konnten gegenüber dem Vorjahr über 30% gesteigert werden.

„Die Einfachheit des S-Bahn-Systems, der genaue Takt und die attraktiven Verbindungen sind die wesentlichen Eckpfeiler des S-Bahn-Systems. Im Gegensatz zu überregionalen Eilzügen, die primär auf eine beschleunigte Routenführung abzielen, dient die S-Bahn der regionalen Erschließung des Zentralraums“, unterstreicht Steinkellner den Mehrnutzen des Konzeptes.

Der weitere Ausbau des Systems soll zukünftig die Mühlkreisbahn als S6 und eine Verbindung Richtung Pregarten/ Gallneukirchen als neue Linie 7 integrieren.

Reform des Sozialbereichs nimmt weiter Fahrt auf

Langjährige FPÖ-Forderung umgesetzt: Externe Expertengruppe steht fest – Wirtschaftsuniversität Wien durchleuchtet Oö. Sozialressort



Externe Expertengruppe durchleuchtet das Oö. Sozialressort

Eine langjährige Forderung der FPÖ wird nun umgesetzt. Mittels externer Expertengruppe wird das Sozialressort evaluiert. In den kommenden Monaten werden Leistungen, Projekte und Förderungen auf Wirtschaftlichkeit überprüft. Klubobmann Herwig Mahr erwartet sich eine Prüfung auf Herz und Nieren durch die Wirtschaftsuniversität Wien.

"Wir sichern unser soziales Oberösterreich auch für künftige Generationen ab",

sagt Mahr. Das Kompetenzzentrum für Nonprofit Organisationen und Social Entrepreneurship der Wirtschaftsuniversität Wien wird umfangreiche Vorschläge für nachhaltige Einsparungsmöglichkeiten ausarbeiten. Die Entscheidungsgewalt liegt jedoch weiter in politischer Hand. "Die maßgeblichen Entscheidungen treffen immer noch wir", unterstreicht Mahr. Für ihn muss am Ende herauskommen, dass "das Geld wieder bei den oberösterreichischen Bedürftigen ankommt und nicht in der Verwaltung hängen bleibt."

Die FPÖ fordert seit 2011 eine externe Expertenkommission. "Da hätte man schon viel früher die Kostenbremse ziehen müssen", kritisiert Mahr die späte Einsicht der seit Jahren im Oö. Sozialbereich zuständigen SPÖ. Tatsache ist, dass die ausführliche Prüfung dem Land Oberösterreich nun 300.000 Euro kosten wird. "Wir sind überzeugt, dass sich der Betrag rechnen wird. Er ist ein wesentlicher Beitrag für die langfristige und nachhaltige Absicherung unseres Sozialsystems", sagt Klubobmann Mahr abschließend.

Neues Drogenortestgerät für Polizei

Jüngst wurde die Landespolizei mit einem Drogenortestgerät ausgestattet.

Infrastruktur-Landesrat Mag. Günther Steinkellner befürwortet diese Maßnahme: „Damit gestaltet sich die Überwachung des Straßenverkehrs noch effektiver.“ Anhand von Speichelproben kann auf sechs chemische Drogen getestet werden. Laut Steinkellner sind die verbesserten Testverfahren wichtig, um dem steigenden Trend des

Drogenkonsums entgegenzuwirken.

Waren es 2012 in Österreich 877 Lenker, die aus dem Verkehr gezogen wurden, so stieg diese Zahl im



letzten Jahr bereits auf 1.491 Drogenlenker. Laut Beobachtungen der Polizei werden immer öfter statt Alkohol „Feierdrogen“ konsumiert und die Hemmungen, anschließend mit dem Auto zu fahren, seien geringer, da sich ein Nachweis komplexer gestaltet.



Kriminalitätsstatistik zeigt:

Immer mehr **Ausländergewalt!**

537.792 Straftaten landeten 2016 in den Registern des Bundeskriminalamts – ein Anstieg von 3,8 Prozent gegenüber 2015. Während Einbrüche und Autodiebstähle im Vorjahr zurückgegangen sind, gab es deutlich mehr Gewaltdelikte: 43.098 Fälle entsprechen einer Steigerung von 6,9 Prozent.

Die Analyse der Tatverdächtigen ergab, dass es sich bei 60,9 Prozent (164.609 Personen) um Inländer und bei 39,1 Prozent um fremde Tatverdächtige (105.551) handelt. Im Vergleich zu 2015 ist 2016 der Anteil der ausländischen Tatverdächtigen um 13,7 Prozent gestiegen. Das ist der höchste Wert der letzten zehn Jahre. Den größten Anstieg unter den fremden Tatverdächtigen gab es bei den Asylwerbern. Die Zahl der Beschuldigten unter ihnen stieg von 2015 auf 2016 um 54,2 Prozent von 14.458 auf 22.289 Personen.

In der Gruppe der tatverdächtigen Asylwerber war die führende Nation Afghanistan, gefolgt von Algerien, Marokko, Nigeria und Syrien. Bei den Straftaten handelte es sich in erster Linie um Diebstahl, Körperverletzung und Verstößen nach dem Suchtmittelgesetz. Die meisten Anzeigen gab es gegen männliche afghanische Jugendliche zwischen 14 und 17 Jahren.

Mehr Ausländergewalt auch in Oberösterreich

In Oberösterreich wurden im Vorjahr 66.241 Delikte angezeigt, ein Plus von 5,7 Prozent. Einen Rückgang gab es bei Ein-

brüchen und Autodiebstählen, ein deutliches Plus bei der Gewalt: 5.472 Anzeigen entsprechen einer Steigerung von 9,9 Prozent. Von den insgesamt rund 40.600 Tatverdächtigen waren im Vorjahr 12.600 ausländische Staatsbürger, ein Anteil von 31,1 Prozent. Von den 12.600 kriminellen Ausländern wiederum waren rund 2.500 Asylwerber. Demnach ist rund jeder fünfte tatverdächtige Ausländer ein Asylwerber. Im Jahr 2015 wurden „nur“ 1.400 kriminelle Asylwerber gezählt. Der Wert hat sich mit plus 87 Prozent also nahezu verdoppelt.

Die Zahlen der Kriminalitätsstatistik seien eine „Folge der verfehlten Willkommenspolitik von SPÖ und ÖVP“, kritisiert Sicherheitslandesrat Elmar Podgorschek. Er fordert als Konsequenz die personelle Aufstockung der Polizei und Rücknahmeabkommen mit Staaten wie Algerien, Afghanistan und Marokko. „Wer unsere Gesetze bricht und kriminelle Handlungen setzt, muss nach Hause geschickt werden“, so Podgorschek.

Für Klubobmann Herwig Mahr sind die Maßnahmen der rot-schwarzen Bundesregierung „zu spät und nicht streng genug“. „Das wahre Problem ist das für

die Täter zu lasche österreichische Straf- und Vollzugsrecht. Aus ihren Herkunftsländern sind sie eine ganz andere Gangart gewohnt“, sagt Mahr. Bei Wohnungseinbrüchen stünden beispielsweise 342 inländischen Tatverdächtigen 1715 ausländischen Tatverdächtigen gegenüber. „Noch“ werde die Statistik von den Rumänen angeführt. „In Zukunft werden aber wohl auch kriminelle Asylsuchende verstärkt auffallen, wie die Bandenbildung in der Wiener Drogenszene bereits zeigt“, sagt Mahr. Schuld sei die „Willkommenspolitik der rot-schwarzen Bundesregierung“.



Klubobmann LABg. Ing. Herwig Mahr

Jeder vierte Schüler spricht im Alltag nicht Deutsch

Jeder vierte Schüler spricht im Alltag nicht Deutsch, weil es nicht seine Muttersprache ist. Noch vor zehn Jahren lag dieser Anteil bei 15,6 Prozent. In Wien spricht mittlerweile sogar schon jeder zweite Schüler eine fremde Sprache im Alltag – vorwiegend Türkisch. Schüler mit arabischer Umgangssprache verzeichnen den höchsten Zuwachs. Die Zahlen stammen aus einer Studie der „Medien-Serviceestelle Neue ÖsterreicherInnen“. Für die FPÖ ist diese Entwicklung ein klarer Beleg für die Notwendigkeit der Schulsprache Deutsch.

Vor allem in den Pflichtschulen ist die Anzahl der Schüler mit nicht-deutscher Muttersprache in den letzten Jahren rasant gestiegen. So verzeichnet die neue Mittelschule in diesem Bereich einen Anstieg um fast 130 Prozent. Eine Entwicklung, die Klubobmann Herwig Mahr dem jahrelangen Stillstand im Bildungsministerium zuschreibt. „Eingreifende Maßnahmen sind längst überfällig. Der Umsetzung steht bloß der politische Wille des roten Bildungsministeriums entgegen“, so Mahr.



Auch Oberösterreichs Landesschulrat Fritz Enzenhofer hat nun die Notwendigkeit der Verwendung der deutschen Sprache im schulischen Umfeld erkannt. „Dort, wo sich die Kinder und Jugendlichen im Umfeld der Schule kommunikativ bewegen, müssen wir darauf achten, dass sie die Unterrichtssprache Deutsch verwenden“, sagte Enzenhofer Ende Februar in den „Oberösterreichischen Nachrichten“. Die Umsetzbarkeit der Schulsprache Deutsch sehen die Freiheitlichen durch ein

Rechtsgutachten zweier Innsbrucker Verfassungsrechtler gedeckt. Darin heißt es, dass die deutsche Sprache im Bundesverfassungsgesetz als „Staatsprache der Republik“ festgelegt sei. Die „verfassungsrechtlichen Bildungs- und Entwicklungsziele“ der österreichischen Schulen beruhen auf einer gelungenen Integration fremdsprachiger Schüler in die deutschsprachige Gesellschaft, Wirtschafts- und Sozialordnung. „Im Zuge dessen kann die Anordnung der deutschen Schulsprache als integrierender Bestandteil des Bildungs- und Erziehungsauftrags der österreichischen Schulen für fremdsprachige Schüler verstanden werden.“

Neues Integrationsleitbild für Oberösterreich in Arbeit

Die enormen Flüchtlingsströme aus den Krisengebieten bringen neue Herausforderungen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt mit sich. Aus diesem Grund wird auf Initiative von ÖVP und FPÖ das oberösterreichische Integrationsleitbild überarbeitet, das noch aus dem Jahr 2009 stammt.

„In den Herkunftsländern der Flüchtlinge herrschen oft andere Gesetze, unterschiedliche Kulturen und Religionen“, erklärt FPÖ-Klubobmann Herwig Mahr. Durch die wachsende Anzahl an Zuwanderern sei es notwendig geworden, klare Regeln und Rahmenbedingungen für die bestmögliche Integration zu schaffen. „Wir müssen verhindern, dass Parallelgesellschaften entstehen“, so Mahr.

Konkret geplant ist, dass die Zukunftsakademie ein Konzept für die Überarbeitung bis Ende März 2017 erarbeiten soll. Bis Herbst 2017 soll die Überarbeitung abgeschlossen sein. „Die Flüchtlinge sol-

len keinesfalls aus der Eigenverantwortung entlassen werden“, stellt der Freiheitliche Klubchef klar.

Künftig sollen in Oberösterreich auch subsidiär Schutzberechtigte, die nach Statusentscheidung in der Grundversorgung verbleiben und Leistungen daraus beziehen, eine eigene Integrationserklärung unterschreiben. Wird die Unterzeichnung verweigert, soll es zu einer Einschränkung der Grundversorgungsleistungen kommen. Mahr: „Asyl ist eben kein

Wunschkonzert.“ Bislang gilt diese Regel nur für Asyl- und subsidiär Schutzberechtigte, die Leistungen aus der bedarfsorientierten Mindestsicherung beziehen.



Integrationserklärung für Schutzberechtigte in der Grundversorgung



IFF Oberösterreich:

LR Mag. Steinkellner mit den Freiheitlichen Frauen. Bildmitte: Landesobfrau Rosa Ecker

Rosa Ecker als Landesobfrau bestätigt

Beim Landestag der „initiative Freiheitliche Frauen“ wurde Bundesrätin Rosa Ecker in ihrem Amt als Landesobfrau von 96 Prozent der Delegiertenstimmen bestätigt.

Zu ihren Stellvertreterinnen wurden LAbg. Mag. Silke Lackner (Wels) und Marianne Hacker (Schärding) gewählt. Als Gäste konnten die freiheitlichen

Frauen Landesrat Mag. Günther Steinkellner sowie die Landtagsabgeordneten Ulrike Wall, Sabine Binder, Evelyn Kattinig, Silke Lackner und Michael Gruber begrüßen. Ebenfalls vor Ort waren die Bundeobfrau der „iff“, NAbg. Carmen Schimanek und die Salzburger Landesobfrau, Vizebürgermeisterin Karin Berger. Klare Worte gibt es von den freiheitlichen Frauen: „Wir sagen

nein zu einer gelebten ‚reinen Symbolpolitik‘. Statt zum internationalen Frauentag Debatten um Quoten und Binnen-I brauchen die Frauen in diesem Land bessere Rahmenbedingungen. Es geht auch darum, die Frauen bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie besser zu unterstützen“, sieht die „iff“-Landesobfrau massiven Aufholbedarf.

Doppelstaatsbürgerschaften **besser kontrollieren**

Durch die Diskussion über Wahlkampfauftritte von türkischen Politikern in Österreich ist auch das Problem der Doppelstaatsbürgerschaften wieder in den Fokus gerückt. Die FPÖ kritisiert bereits seit Jahren, dass es mehrere bereits bekannte Fälle von illegalen Doppelstaatsbürgerschaften bei Türken gäbe, die Bundesregierung dieses Problem aber bisher nicht ernst genommen hat.

Dass dieses Problem einen breiten Personenkreis betreffen kann, zeigen offizielle Zahlen. Demnach sind 107.000 türkische Staatsbürger, die in Österreich leben, in ihrem Heimatland wahlberechtigt. Wie viele österreichische Staatsbürger indes auch illegal die türkische Staatsbürgerschaft besitzen, ist im Innenministerium nicht bekannt.

Landesrat Elmar Podgorschek, dessen Abteilung in Oberösterreich für Staatsbürgerschaften zuständig ist, kritisiert die bisherige Untätigkeit der Bundesregierung: „Ich sehe den Bund hier klar in der Pflicht, weitere Rahmenbedingungen zu schaffen, die es

ermöglichen, solche Missbrauchsfälle aufdecken zu können. Auch wenn systematische Prüfungen aufgrund der Rechtslage nicht durchgeführt werden können, muss die Bundesregierung in dieser Causa einschreiten. Sei es durch schärfere Gesetze oder Abkommen mit türkischen Behörden. Bestehende Verdachtsfälle müssen lückenlos aufgeklärt werden.“ Klar ist für Podgorschek auch: „Wenn jemand nach Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft die türkische wieder annimmt,

dann ist das nicht rechtskonform und er besitzt somit illegal eine zweite

Staatsbürgerschaft. Diese Vorgehensweisen zeigen uns auch, wie integrationsunwillig diese Staatsbürgerinnen und Staatsbürger sind und müssen zur Gänze unterbunden werden.“ In Oberösterreich jedenfalls will Podgorschek gegensteuern: „Ich habe meine Abteilung angewiesen, auf Doppelstaatsbürgerschaften ein besonderes Augenmerk zu richten.“



LR Elmar Podgorschek

Sammlungsbewilligungen für Vereine

Ab 1. April bis zu 30. Juni darf der Landesverband der Gehörlosenvereine in Oberösterreich Haussammlungen durchführen. Ebenfalls eine Bewilligung erhalten hat die Österreichische Kinderkrebshilfe Oberösterreich, diese dürfen bis zum 7. Juli Haus- und Straßensammlungen durchführen.

„Die Sammlungserträge der Gehörlosenvereine sollen und dürfen zum Zwecke der sozialen und kulturellen Betreuung und Weiterbildung von Mitgliedern sowie zur Erhaltung des Bildungs-, Informations- und Sozialzentrums in Linz und der Vereinslokale verwendet werden. Die Erträge der Krebshilfe OÖ sollen unter anderem für die Beratung und Begleitung von Krebspatienten und deren Angehörigen in den Beratungsstellen in Oberösterreich sowie zur Vorsorge und Information der Bevölkerung zur Ver-

hinderung der Krebserkrankung verwendet werden“, erklärt Landesrat Elmar Podgorschek.

Noch gültige Sammlungsbewilligungen in Oberösterreich haben derzeit die CliniClowns Oberösterreich und der Verein „Kinderhilfswerk“. „All diese aufgezählten Vereine bzw. Organisationen haben vom Land OÖ einen legitimierten Bewilligungsbescheid erhalten und sind somit berechtigt, Spendensammlungen durchzuführen“, so Podgorschek abschließend.



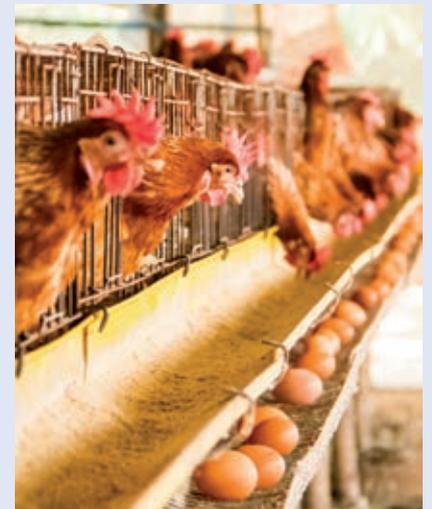
v.l.n.r.: LAbg. Prim. Dr. Brigitte Povysil, Mag. Deena Awny, Doktorats Studentin aus Ägypten, LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner, Csanád Sándor, BSc, Masterstudent aus Rumänien, Studiengangsleiter Univ.Prof. Dr. Bruno Buchberger

„Haimbuchner Stipendium“ für junge, aufstrebende Studenten

Seit dem Jahr 2007 gibt es auf Initiative von Prof. Dr. Bruno Buchberger das Internationale Masters Program „Universal Computing and Business“ an der JKU Linz als Studienlehrgang für internationale Studenten. Ziel ist es, herausragende internationale Studenten an die JKU und in die oberösterreichische Wirtschaft zu bringen, um innovativ und konkurrenzfähig zu bleiben. Die Studenten betreiben ihre Forschung in enger Zusammenarbeit mit oberösterreichischen Un-

ternehmen, welche den Studiengang auch mitfinanzieren. „Es ist mir eine Freude und ein Anliegen mich hier beteiligen zu dürfen und dabei zu helfen, unseren Wirtschaftsstandort durch herausragende internationale Fachkräfte zu stärken.“

„Mit dem ‚Haimbuchner Stipendium‘ setzen wir ein klares Signal für unsere Universität und für unsere Wirtschaft“, so LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner bei der Übergabe.



Ungehinderten Import von Käfigeiern stoppen

„Maßnahmen gegen den ungehinderten Import von Käfigeiern sind ein Gebot der Stunde. Die Legehennen-Haltung ist in Österreich seit acht Jahren käfigfrei. Wir waren damit Vorreiter in der EU, wo die konventionelle Käfighaltung seit 2012 untersagt ist“, berichtet der Agrarsprecher der FPÖ-Oberösterreich, LAbg. Ing. Franz Graf.

Problematisch sei, dass das Käfigverbot innerhalb der EU von einzelnen Ländern nicht exekutiert werde und es zu versteckten Billigimporten aus Ländern außerhalb der EU komme. Kritik übt Graf daran, dass in diesem Bereich „jegliche Kennzeichnung fehlt. Keiner weiß, um welches Produkt es sich handelt.“ Davon betroffen seien etwa verarbeitete Produkte, die Gastronomie und die Großküchen. Aber nicht nur bei Eiern, sondern auch Fleisch und Milch betreffe das Thema. „Bei Lebensmittel darf nicht ‚billig‘ der Standard werden, sondern ‚gesund, gut und aus heimischer Landwirtschaft‘. Das ist anzustreben. Legen wir mehr Wert auf unsere gesunden, nachhaltigen Lebensmittel auch im Sinne unserer Gesundheit“, so Graf.



FPÖ für Überleben der Sparvereine

In Österreich haben Sparvereine eine lange Tradition. Durch das Bankwesengesetz droht nun ein Aus. Dieses wurde zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusbekämpfung geändert.

Immer mehr Sparvereine werden nun aber aufgelöst. Insbesondere die nervenaufreibende Legitimationsprozedur lässt die Traditionsverbände an deren Grenzen stoßen. Die FPÖ kritisiert diese ausufernde Bürokratie. Neben Listen mit Namen, Geburtsdaten und Adressen aller Sparvereinsmitglieder müssen jeder Ein- und Austritt eines Mitgliedes sowie Excel-Dateien mit monatlichen und quartalsweisen Zahlungsflüssen der Bank gemeldet werden. Handschriftliche Aufzeichnungen von den sehr oft pensionierten Sparvereinsvorsitzenden werden nicht mehr akzeptiert. Übersteigt die Einzahlung eines Sparvereinsmitglieds ein jährliches Limit von 1.500 Euro, so muss eine Ausweiskopie der Bank übermittelt werden. „Hier wird mit Kanonen auf Spatzen geschossen“, so die klare Haltung von Wirtschaftssprecherin LAbg. Evelyn Kattnigg. Sparvereinsmitglieder seien verständlicher Weise verärgert und es drohe ein großer Schaden für die Wirtshauskultur. „Unsere Gastwirte leiden genug unter den gesetzlichen Auflagen aus der Rauchverordnung, Registrierkassenpflicht, Kennzeichnung von Speisen und Personalmangel. Jetzt fallen fixe Stammtische auch noch weg.“

Mit exakter Information zur besseren Verkehrssituation

Der Oberösterreichische Zentralraum gehört zu den wirtschaftsstärksten Regionen in ganz Europa und weist eine dynamische Entwicklung auf. Mit täglichen Pendlerströmen von etwa 110.000 Menschen kommt es in den jeweiligen Morgen- und Abendspitzenzeiten zu hohen Auslastungen auf den Hauptkorridoren. Die Verfügbarkeit von Flächen ist im Straßenbau begrenzt.

Zusätzlich sind große Infrastrukturprojekte durch komplexe Verfahren nicht immer einfach in die Umsetzung zu bringen. Dies zeigt auch das Beispiel des Westrings. Das Infrastrukturressort rund um Landesrat Günther Steinkellner gab aus diesem Grund, gemeinsam mit seinen Projektpartnern, die Entwicklung einer neuen Mobiltelefon App in Auftrag.

„Wir haben die moderne Kommunikationstechnologie genutzt um eine Informationsanwendung zu schaffen. Mit der neuen App LisiGo möchten wir den Bürgern ein Werkzeug in die Hand geben, um die Pendlerwege effizient zu gestalten“, betont Landesrat Günther Steinkellner. LisiGo wurde konzipiert, um die Autofahrten durch Linz so kurz und effizient wie möglich zu gestalten. Neuralgische Staupunkte im Zentralraum Linz werden in beidseitigen Richtungen aufgelistet. Auf jeder Verkehrsrouten werden zwei Zeitwerte angegeben. So kann schnell und einfach der aktuelle Reisezeitverlust sowie eine Prognose für die nächsten 30 Minuten abgefragt werden. Anhand der Informationen bieten sich weitere Handlungsmöglichkeiten. So kann eine alternative Startzeit, eine andere Routenführung oder die Auswahl des Verkehrsmittels gewählt werden. Die Fragen wann oder wie fahre ich und welches Verkehrsmittel nutze ich dabei sind anhand der Echtzeitinformationen zielgerichtet zu beantworten.

Besonders auf regionaler Ebene ist es wichtig, über eigene, lokal generierte

Daten zu verfügen, um damit entsprechende Genauigkeit und Verfügbarkeit auch auf dem niederrangigen Straßennetz zu erlangen. Die Exaktheit und somit die bestmögliche Verwendung des Systems basiert auf der ausreichenden Verfügbarkeit entsprechender Daten.

„Jeder einzelne App-Nutzer kann mit seinen Daten mithelfen, den Stau zu reduzieren. Je mehr Daten in das System einfließen, desto aktueller, aussagekräftiger und zuverlässiger ist das Ergebnis“, so Landesrat Günther Steinkellner. Die APP „LisiGo“ ist über den Google-Play-Store und den APP-Store kostenlos verfügbar.



LR Mag. Günther Steinkellner



Identitätskontrolle bei Asyl-Einwanderern lückenhaft

2015 gelang es durch das allgemeine Asylchaos einer nicht genau abschätzbaren Anzahl von Personen, in der EU an neue Ausweise und somit auch an neue Identitäten zu gelangen. Das „zufällige“ Verlieren der eigenen Passdokumente bot den Asyl-Einwanderern nicht nur die Chance auf systematischen Sozialbetrug, sondern eröffnete auch die Möglichkeit, mit Straftaten vorbelastete Identitäten abzulegen. So hat es der berühmte Attentäter von Berlin, Anis Amri, etwa zu 14 verschiedenen Identitäten gebracht. Der 24-Jährige galt etwa in Italien als „minderjähriger Flüchtling“.

Für Klubobmann Ing. Herwig Mahr sind die fortgesetzten Versäumnisse der Bundesregierung bei Identitätsfeststellungen unerklärlich. Die rechtliche Machtlosigkeit der österreichischen Behörden sei im mittlerweile dritten Jahr der Asylkrise jedenfalls nicht mehr länger hinzunehmen. "Für Kontrollen der wahren Identität fehlt es bislang am politischen Willen unserer Dauerschläfer in der Bundesregierung", führt Mahr die Lahmlegung des österreichischen Kontrollapparats auf die politische Unfähigkeit der Entscheidungsträger zurück. Denn Identitätsfeststellungen durch behördlichen Zugriff auf die Mobiltelefone der „Passverlierer“ könnten jederzeit schnell und unbürokratisch Abhilfe schaffen. Dabei verweist

Mahr auch auf aktuelle Diskussion in der Bundesrepublik: "In Deutschland wurde die Möglichkeit der Durchsicht von Handys, welche die Flüchtlinge ja immer dabei haben, auf Hinweise der wahren Herkunft und Identität bereits vielfach diskutiert."

Eine weitere Möglichkeit, Mehrfachidentitäten zu verhindern, ist laut Mahr die Abnahme der Fingerabdrücke aller bereits anwesenden Asyl-Einwanderer. "Eine durch Fingerabdruckabnahme gesicherte Identitätsfeststellung von Zuwanderern wurde vor Dokumentenausstellungen und vor Sozialleistungsbezügen schlicht verabsäumt. Keiner kann mir erzählen, dass eine gesicherte Identitätsfeststellung im Nachhinein nicht rechtlich und technisch umsetz-

bar wäre", hält Mahr fest. Angesichts der großzügigen Versorgungsleistungen, die Asyl-Einwanderer in Österreich erhalten, sei die Abgabe eines Fingerabdrucks jedenfalls zumutbar.

Mahr fordert, allen Betrügern, die durch die vorgeschlagenen Maßnahmen auffliegen, sowie allen Personen, die sich einer Identitätsfeststellung verweigern, das Recht auf Asyl zu verwehren. Im Vordergrund solle nicht stehen, immer neue Überwachungsmaßnahmen gegen die österreichische Bevölkerung zu beschließen, sondern endlich zielgerecht die Missstände im Asylwesen zu bereinigen, die durch die überbordende „Willkommenskultur“ der Bundesregierung geschaffen wurden.

Rechtsextreme Bundesverfassung?

Zur aktuellen Kampagne „Rassismus? Mo i ned!“ von Integrations-Landesrat Rudolf Anschober (Grüne) und dem Dachverband „Land der Menschen“ mit Caritas OÖ, Diakoniewerk OÖ, Grüne Bildungswerkstatt, Hilfswerk OÖ, Katholische Aktion OÖ, Kinderfreunde OÖ, migrare - Zentrum für MigrantInnen OÖ, ÖGB OÖ, Pädagogische Hochschule des Bundes in OÖ, Rotes Kreuz OÖ, SOS-Menschenrechte und Volkshilfe OÖ, der damit Jugendliche ermutigen will, entschlossen und aktiv gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit aufzutreten, stellt LandesparteiSekretär Erwin Schreiner fest: „Offenbar bezweifeln die Grünen und die linken Gutmenschen die weitere Gültigkeit des Artikel 1 der Bundesverfassung, wonach Österreich eine demokratische Republik ist und ihr Recht vom Volk ausgeht.“

HGBL I Nr. 164/2013 (NR: GP XXIV RV 2412 AB 2498 S. 215, BR: 9048 AB 9097 S. 824.)
 BGBL I Nr. 101/2014 (NR: GP XXV IA 718/A AB 439 S. 53, BR: AB 9279 S. 837.)
 BGBL I Nr. 102/2014 (NR: GP XXV IA 720/A AB 441 S. 53, BR: AB 9280 S. 837.)
 BGBL I Nr. 41/2016 (NR: GP XXV IA 1470/A AB 1081 S. 126, BR: 9560 AB 9567 S. 853.)
 BGBL I Nr. 62/2016 (NR: GP XXV RV 1178 AB 1219 S. 136, BR: AB 9617 S. 856.)
 BGBL I Nr. 106/2016 (NR: GP XXV IA 1809/A AB 1298 S. 152, BR: 9653 AB 9658 S. 860.)

Text

Erstes Hauptstück Allgemeine Bestimmungen. Europäische Union

A. Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1. Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus.

Artikel 2. (1) Österreich ist ein Bundesstaat.

(2) Der Bundesstaat wird gebildet aus den selbständigen Ländern: Burgenland, Kärnten, Steiermark, Tirol, Vorarlberg, Wien.

(3) Änderungen im Bestand der Länder oder eine Einschränkung der in diesem Absatz und in bedürfen auch verfassungsgesetzlicher Regelungen der Länder.

Foto: screenshot/rfs.bka.gv.at

Immerhin steht in der Broschüre, die nun offenbar auch an Schulen verteilt werden soll, dass es unter Rechtsextremismus falle, wenn man daran festhalte, dass das Recht vom Volk ausginge. Die Aussage ist ebenso absurd, wie der Rest der Thematik. Ein Schelm, der den Gedanken hegt, dass ein Großteil dieser Vereine an der Flüchtlingswelle und der damit verbundenen Asylindustrie verdient hat und nunmehr die Felle davon schwimmen sieht.

Konkret soll ein Taschenbuch mit Argumenten gegen Hetze, eine fünfteilige Videokampagne und weitere Aktionen wie Straßenverteilungen erfolgen. In dem Heftchen finden sich vor allem Aussagen, die als „rechts“, „rechtspopulistisch“ oder „rassistisch“ kategorisiert werden und beispiel-

hafte Argumente dagegen. Die Gesamtkosten des Projektes belaufen sich auf 10.000 bis 15.000 Euro.

In der Kampagne der Grünen und linker Gutmenschen soll offenbar Stimmung dafür gemacht werden, „dass Österreich ein Einwanderungsland sei. Aber in gewohnt linker Manier kehrt man den Moralapostel hervor und betreibt Meinungshetze gegen den Hausverstand“, betont Schreiner. Die FPÖ stehe klar für ein friedliches Zusammenleben aller Menschen in Österreich und Europa. „Das beinhaltet aber auch, dass Gefahren und Probleme offen angesprochen und Lösungen vorgeschlagen werden. Und die Feststellung, dass die Kriminalitätsraten unter Asylwerbern vor allem aus islamischen Ländern besonders hoch sind, ist keinesfalls Rassismus, sondern eine Tatsache, die

auch für die Grünen in offiziellen Kriminalstatistiken zu finden ist. Die FPÖ lehnt die pauschale Verurteilung von Ausländern grundsätzlich ab. Viele Zugewanderte, die sich integriert haben und hart arbeiten, sind heute ein wertvoller Teil unserer Gesellschaft.“

„Diese Kampagne auf Kosten der Steuerzahler von der linken Gutmenschen-Schickeria ist eindeutig Randgruppenpolitik. Es wird offen versucht, Parteipolitik gegen die FPÖ zu machen. Berechtigte politische Aussagen der FPÖ, hinter denen auch die Bevölkerung steht, sollen als böse und rechtsextrem dargestellt werden. Mit dieser Broschüre wird in Wahrheit subtil Parteipolitik gegen die FPÖ gemacht. Die Ankündigung, dass diese Broschüre an Schulen verteilt werden soll, kann nur als verfrühter Aprilscherz gewertet werden. Diesen weiteren Versuch der parteipolitischen Einflussnahme in oberösterreichischen Bildungseinrichtungen lehnen wir kategorisch ab. Diese Broschüre hat an oberösterreichischen Schulen nichts verloren“, so Schreiner.





Foto: Andreas Ruttinger

Steigende Arbeitslosigkeit durch Asyl und Zuwanderung

Asylkrise und EU-Ostöffnung haben eindeutig negative Auswirkungen auf den heimischen Arbeitsmarkt. Die EU-Kommission rechnet in ihrer Winterprognose für Österreich mit einem weiteren Anstieg der ohnehin schon hohen Arbeitslosigkeit.

Für 2018 wird eine Arbeitslosenrate von 6,2 Prozent prognostiziert. Das wären deutlich mehr als eine halbe Million Menschen ohne Job. 2015 betrug die Arbeitslosenrate noch 5,7 Prozent.

Das Arbeitskräfteangebot sei durch die starke Zuwanderung aus anderen EU-

Ländern und durch die steigende Zahl anerkannter Asylwerber merklich gestiegen, erklärt die EU-Kommission. Obwohl die Beschäftigung zunehme, könne die österreichische Wirtschaft das steigende Arbeitskräfteangebot nicht völlig aufnehmen, weshalb die Arbeitslosenrate weiter steigen werde.

Landesparteiobmann Manfred Haimbuchner fordert angesichts der alarmierenden Prognose von Sozialminister Alois Stöger (SPÖ) wiederholt einen sektoralen Stopp des Zugangs zum Arbeitsmarkt für Nichtösterreicher. „Österreicher müssen am Arbeitsmarkt Vorrang haben“, so Haimbuchner. Außerdem will der FPÖ-Politiker Drittstaatsangehörige nach einer längeren Dauer der Arbeitslosigkeit ausweisen. „Wir fahren sonst ungebremst unser derzeit noch funktionierendes Sozialsystem an die Wand.“

■ Wachsende Zahl an arbeitslosen Asylberechtigten

Bedingt durch den vermehrten Zuzug steigt die Arbeitslosigkeit auch bei den Asylberechtigten. Im Jänner 2017 waren insgesamt 28.720 Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte beim AMS arbeitslos gemeldet oder in Schulung, um 7.145 oder 33,1 Prozent mehr als im Jänner des Vorjahres. In Oberösterreich waren Ende Jänner 2017 1.681 Asylberechtigte arbeitslos gemeldet, 1.036 Schutzberechtigte befanden sich in Schulung.

Gefängnisse: Platznot & Personalmangel

In den oberösterreichischen Gefängnissen herrscht Platznot und Personalmangel. Ende Jänner waren 1.380 Personen hinter Gittern – um acht Prozent mehr als noch vor fünf Jahren.

Damals war nur die Justizanstalt Garsten überbelegt, jetzt sind es auch die Gefängnisse in Wels und Suben. Ende 2016 saßen in Garsten 380 Personen hinter Gittern, obwohl die Justizanstalt nur Platz für 375 Häftlinge hat. In Suben wurden statt 283 Insassen 295 gezählt. Und auch die Justizanstalt Wels stößt bereits an ihre Kapazitätsgrenze. 156 Plätze sind vorgesehen, 157 Häftlinge saßen Ende 2016 ihre Strafe ab.

Dazu kommt, dass es durch eine Reihe von Pensionierungen einen Mangel



beim Wachpersonal gibt. Der Schärdingener FPÖ-Bezirksparteiobmann und Nationalratsabgeordnete Hermann Brückl fordert angesichts dieser Zustände ein rasches Handeln der Personalverantwortlichen: „Die Sicherheit der Wach-

beamten und der Bevölkerung ist zu garantieren. Daher ist eine sofortige Aufstockung des Personals unumgänglich.“ Die Pensionierungen würden in der Regel kaum überraschend kommen, das Problem sei somit hausgemacht.



Jahrhundertprojekt mit Geburtsfehlern:

Die EU braucht dringend Reformen

Der Liberale Klub Oberösterreich tagte zum 14. Mal und diskutierte die Konstruktionsfehler der EU und die Notwendigkeit von Reformen. Mit dem Börsenmakler und Wirtschaftsautor Dirk Müller konnte ein Hauptredner mit kontroversiellen Ansichten, der zugleich über hohe Sachkompetenz in finanz- und wirtschaftspolitischen Fragen verfügt, gewonnen werden. Mit ihm diskutierten am Podium der Generaldirektor der Sparkasse OÖ, Dr. Michael Rockenschaub, der Nationalratsabgeordnete und Wirtschaftssprecher der FPÖ, MMMag. Dr. Axel Kassegger und Dr. Axel Greiner, Präsident der Industriellenvereinigung OÖ. Hohes Publikumsinteresse zeichnete auch diesmal den Klubabend aus – bis auf den letzten Platz war der Redoutensaal besetzt.

„Das Hauptproblem der EU ist, dass sie sich zu weit von den Menschen entfernt hat. Die Leute fühlen sich machtlos gegenüber der immer stärkeren Bürokratie

aus Brüssel“, kritisierte Dirk Müller in seinem Vortrag. „Gleichzeitig war der Euro als gemeinsame Währung von Anfang an eine Fehlkonstruktion und ein reines poli-

tisches Instrument. Alle Probleme, die Griechenland und andere südeuropäische Länder haben, hängen wesentlich mit der Konstruktion des Euros zusammen.“



Mister „DAX“ Dirk Müller: „Die EU hat sich von den Menschen entfernt.“



Nicht ganz so drastisch ist hingegen das Urteil über den Euro für IV-Präsidenten Axel Greiner: „Die Industrie steht zum Euro, denn er ist ein großes Hilfsmittel für die exportorientierte Industrie. Der Euro konnte in Europa bereits einige Unterschiede ausgleichen. Der Zerfall des Euro wäre hingegen ein großer Unsicherheitsfaktor für die Wirtschaft.“

Auch für Sparkassen-Generaldirektor Michael Rockenschaub war die Einführung des Euro als gemeinsame Währung nicht nur zu früh, sondern auch zu groß geraten: „Eine Abschaffung kann ich mir aber nicht vorstellen, sehr wohl aber mehr Mitspracherechte der EU-Staaten, etwa in Form einer Insolvenzordnung für Staaten.“

FPÖ-Wirtschaftssprecher Axel Kassegger betonte zwar die Vorteile eines gemeinsamen Binnenmarktes, aber: „Die Stärke Europas ist vielmehr ein koordiniertes Zu-

sammenspiel der Länder. Man sollte Brüssel daher nicht noch mehr Macht geben. Im Gegenteil: Wir brauchen mehr Verantwortung zurück in den Staaten.“



Angeregte Diskussion darüber, wie das Projekt Europa gerettet werden kann und welche Entwicklungen in der Welt dem entgegen stehen.



**Die Freiheitlichen
Oberösterreich**



Frohe Ostern

wünscht Ihnen die
FPÖ Oberösterreich





Unsere Kultur und unsere Lebensart gilt es zu erhalten!

In Zeiten einer falsch verstandenen Toleranz ist es uns besonders wichtig, an unseren Traditionen und an unserer Kultur festzuhalten. Österreich ist und bleibt ein christlich geprägtes Land und somit stehen wir auch für den Erhalt unserer Identität und Traditionen ein. Wir sind es unseren Kindern und Enkelkindern schuldig.

Dr. Manfred Haimbuchner
Landeshauptmann-Stv.



Kindergeldkonto: Nein zu Kürzungen

Seit 1. März gilt ein neues Kindergeldkonto-System. FPÖ-Landesparteiobmann und Familienreferent des Landes, LH-Stv. Dr. Manfred Haimbuchner spart nicht mit Kritik. „Unterm Strich ist das neue Kinderbetreuungsgesetz mit dem Kindergeld-Konto und das Familienzeitbonus-Gesetz für den Großteil der Familien eine Leistungskürzung.“

Bei nicht genügend Informationen gebe es zudem viele Fallen. Die Kritikpunkte richten sich an die Leistungskürzungen in der Bezugshöhe und dem Gesamtbezug des Kinderbetreuungsgeldes inkl. des Partnerschaftsbonus, an die fehlende Valorisierung, die Verschlechterung beim Wochengeldbezug inkl. der sogenannten „Wochengeld-falle“, den Familienzeit-Bonus und die fehlende Berücksichtigung von Härtefällen.

Als Beispiel nannte Haimbuchner unter anderem Leistungskürzungen. Bis dato haben sich rund 69 % aller Bezieher für die längste Variante entschieden. „Sie erhielten in Summe 13.266 Euro, mit dem neuen Kindergeldkonto gibt es nicht nur eine Kürzung des Gesamtbezugszeitraumes, sondern auch um 900 Euro weniger“, kritisiert Haimbuchner auch die fehlende Valorisierung. Seit der Einführung des Kinderbetreuungsgeldes im Jahr 2002 wurde der Beitrag noch nie erhöht.

„2002 erhielt eine Mutter eben jene 13.266 Euro, bei einer jährlichen Wertanpassung müsste die Summe heute etwa 17.160 Euro betragen.“ Haimbuchner kritisiert zudem den nicht automatisch ausbezahlten Partnerschaftsbonus, die Verschlechterung beim Wochengeldbezug, aber auch den Familienzeit-Bonus bzw. „Papa-Monat.“ Haimbuchner bezeichnet das neue Kindergeldkonto „als verstecktes Sparpaket zu Lasten der Familien. Der große Aufschrei bei den Kinderbetreuungsgeldbezieher*innen wird erst kommen, wenn sie die vielen Fallen und Tücken, die mit dieser Reform einhergehen, selber zu spüren bekommen“, fordert Haimbuchner die zuständige VP-Familienministerin Karmasin auf, die Lücken in diesen beiden Gesetzen umgehend zu schließen.

